

## MAINZER ERKLÄRUNG

zur Ausweitung kommunaler und regionaler Entwicklungszusammenarbeit  
und zur Förderung der Informations- und Bildungszusammenarbeit

(Verabschiedet am 4. November 1988 in Mainz zum Abschluß des Kongresses  
„Kommunaler Entwicklungszusammenarbeit“, veranstaltet vom Nationalen  
Organisationskomitee der Nord-Süd-Kampagne des Europarats, vom Rat der  
Gemeinden Europas - Deutsche Sektion, der Deutschen Welthungerhilfe, terre  
des hommes und der Stadt Mainz)

Unsere „Eine Welt“ ist in ernster Gefahr. Bedroht durch zunehmende globale  
Umweltzerstörung, wachsende Armut, steigende Verschuldung und  
ungezügelter Rüstungskosten sind einschneidende Veränderungen auf allen  
Ebenen in Nord und Süd erforderlich. Ohne aktive Beteiligung der Betroffenen  
wird es nicht möglich sein, eine Veränderung der politischen Prioritäten und  
Zielsetzungen zu erreichen. Das gilt auch für die Bürgerinnen und ihre  
Institutionen in der Bundesrepublik.

Während sich die ökonomische und politische Kluft zwischen armen und  
reichen Staaten immer noch unaufhaltsam weiter öffnet, wachsen zugleich  
Ohnmachtsgefühle, aber auch der Wille zu aktiver Beteiligung in unserer  
Gesellschaft.

Diese Einsichten werden inzwischen auch von der Erkenntnis beeinflusst, daß  
globale Strukturveränderungen nur durchgesetzt werden können, wenn sie von  
den davon Betroffenen in Nord und Süd selbst gestaltet und als Beitrag auch  
im langfristigen Eigeninteresse gewollt werden. Immer mehr Menschen suchen  
nach konkreten Möglichkeiten, sich diesen globalen Herausforderungen zu  
stellen. Sie spüren die Gefahren, die sich daraus entwickelt haben, daß die  
gemeinsamen Menschheitsideale Gerechtigkeit, Menschenwürde, Frieden und  
Freiheit zu Privilegien einer Minderheit geworden sind und die überwiegende  
Mehrheit der Weltbevölkerung davon nach wie vor ausgeschlossen ist.